

Simona Pfister

Im Feierabendparlament

Schweizer Abgeordnete sind Meister des Kompromisses. Das liegt an der höflichen Art der Eidgenossen, aber auch an der direkten Demokratie. Eine kleine politische Leistungsschau.

Die Parlamentarierin rennt wieder davon, zurück in den Ratsaal. Sie muss abstimmen, also nur kurz den richtigen Knopf drücken. Einige Minuten später erscheint sie wieder auf dem halbkreisförmigen Flur, der „Wandelhalle“, und setzt ihr Gespräch mit dem Lobbyisten eines großen Schweizer Einzelhändlers fort. Am Tisch nebenan trinkt der Präsident der Sozialdemokratischen Partei (SPS) einen Espresso mit einem weit rechts politisierenden Vertreter der Schweizer Volkspartei (SVP); auf der anderen Seite antwortet ein Politiker der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) einer Fernsehreporterin, die im Gespräch ständig zwischen Französisch und Schweizerdeutsch hin- und herwechselt.

Im Schweizer „Feierabendparlament“ ist Herbstsession, und die Teilzeitabgeordneten tummeln sich wieder für drei Wochen im Berner Bundeshaus und machen Politik. Und das mehr außerhalb als innerhalb des Ratsaals: in den Fraktionssitzungen, bei Lobbyveranstaltungen und vor allem in der berühmt-berüchtigten Wandelhalle vor dem Nationalratsaal, wo sich die gerade eben losgestürmte Parlamentarierin von ihrem Gesprächspartner verabschiedet. Elisabeth Schneider-Schneiter, Nationalrätin der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP), ist die erfolgreichste Nationalrätin der Schweiz: Bei 89 Prozent der Abstimmungen steht sie auf der Siegerseite. Im hiesigen Politiksystem, das weder eine klassische parlamentarische Mehrheitskoalition noch eine entsprechende Opposition kennt, sondern in dem sich von Abstimmung zu Abstimmung neue Mehrheiten bilden, zeugt das von Kompromissbereitschaft – oder Opportunismus. „Ich bin keine Windfahne, sondern suche immer eine Lösung, für die Mehrheiten geschaffen werden können“, erklärt Schneider-Schneiter ihren Erfolg. Die Suche nach dem Kompromiss zeichne schließlich die CVP als Volkspartei und auch die gesamte Schweizer Politik aus.

Zumindest im letzten Punkt stimmen ihr die Parlamentarier von rechts und links zu: Weil die Bevölkerung für jedes wichtige Gesetz, welches das Parlament verabschiedet, ein Referendum verlangen kann, müssen die Abgeordneten schon im Ratsaal auf eine Lösung hinarbeiten, welche die Minderheiten berücksichtigt. Dasselbe gilt für die Landesregierung, den Bundesrat: Nicht nur seine Gesetzesvorschläge und Positionen, sondern bereits seine Zusammensetzung stellt einen Kompromiss dar. Das Regierungsgremium besteht aus sieben Personen von fünf verschiedenen Parteien – von ganz rechts bis ganz links. Aufgrund eines ungeschriebenen Gesetzes wählt das Parlament den Bundesrat in dieser Zusammensetzung alle vier Jahre wieder. Natürlich achtet man dabei auch auf ein ausgewogenes Verhältnis von Geschlecht und Sprachen. Das verlangt die schweizerische Höflichkeit, aber auch das Gesetz. Weil die Bundesräte also nicht um ihre Sitze fürchten müssen – meistens verlassen sie die Regierung erst, wenn sie freiwillig zurücktreten –, können sie relativ unabhängig vom Parlament agieren. Und dieses wiederum stellt sich öfter gegen die Vorschläge des Gremiums, das nach außen stets eine geeinte Meinung zu vertreten hat, unabhängig von der Parteizugehörigkeit und den Vorlieben eines einzelnen Bundesrats. Koalitionsdisziplin oder gar blinde Gefolgschaft gegenüber der Regierung gibt es im Schweizer Parlament nicht. So wertet eine SPS-Vertreterin gegen die Vorschläge der Regierung, welche die SPS-Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Parlament vertritt. Schneider-Schneiter beobachtet das Geschehen auf dem Bildschirm in der Wandelhalle und sagt: „Es läuft oft gleich: Der Bundesrat präsentiert seine Vorlage, Rechts und Links stellen Minderheitsanträge.“ Der SVP würden viele Vorlagen zu weit gehen, der Linken nicht weit genug oder umgekehrt. Eine Chance auf Erfolg hätten beide kaum. „Wichtig ist, dass dann einer der beiden Pole weitsichtig genug ist, auf einen Teil seiner Forderungen zu verzichten und mit den Mitte-Parteien zu stimmen, damit überhaupt irgendeine Vorlage zustande kommt“, sagt Schneider-Schneiter.

Ausgerechnet die SVP, die sich als Wählerin der Schweizer Werte sieht, schert aber immer häufiger aus diesem eidgenössischen Kompromissystem aus. Kaum eine Partei stimmt derart geschlossen für ihre eigenen Positionen. In der Wandelhalle stehen ihre Vertreter häufig abseits, in den Abstimmungen unterliegen sie immer wieder. Ein Parlamentarier der Partei mokiert sich gar über die gesamte Ar-



Meist ein Ort der Eintracht: Der Nationalratsaal in Bern

Foto Keystone

beit seines Rates: „Seit Beginn der Session haben wir noch nichts Vernünftiges beschlossen.“ Die Nationalratskollegen hätten einfach zu viel Zeit, um sich unnötige Vorlagen auszudenken. Nur deshalb stimme die SVP ständig dagegen. Gleichzeitig geben einige SVP-Vertreter zu, dass sie sich etwas isoliert fühlen im Parlament. Selbst die kompromissfreundige Schneider-Schneiter beklagt sich vorsichtig über die Partei: „Die nationalistischen Vertreter blockieren mit ihrer Haltung die Politik.“ Das spüre man im Nationalrat, in den vorbereitenden Kommissionen und selbst im Bundesrat, wie man munkelt. Die SVP würde jede Sachdiskussion zu einer Grundsatzdebatte über Schweizer Werte machen. Und nach dem Abstimmungserfolg mit der Masseneinwanderungsinitiative hätten sich die Fronten erst recht verhärtet.

Überhaupt ist die Abstimmung über Zuwanderungsbegrenzung allgegenwärtig in dieser Session. In fast jedem Gespräch mit den Parlamentariern fällt ein Hinweis auf dieses „Debakel“ oder aber auf diesen „Erfolg“. Ein Nationalrat der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) kündigt seine parlamentarische Initiative an, die eine neue Abstimmung über die Bilateralen Verträge mit der Europäischen Union und die Zuwanderungsbeschränkung verlangt. Sogar bei einer Vorlage um die Finanzierung der Kindertagesstätten ist die Initiative Thema: Das Problem der Kinderbetreuung sei dank der Zuwanderungsbeschränkung gelöst, erklärt ein rechter Parlamentarier im Nationalrat. Weil jetzt die Einwanderer wegfallen, würden deren Kita-Plätze frei, also brauche man dafür kein zusätzliches Geld. Er erntet Gelächter.



Kompromissfreudig: Elisabeth Schneider-Schneiter und Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger während einer Sitzung der diesjährigen Herbstsession des Schweizer Parlaments

Foto Lukas Lehmann

Diese Tendenz zur Abschottung der Schweiz mache ihr Sorgen, sagt Schneider-Schneiter, nachdem sie sich im Café am Ende der Wandelhalle eine heiße Schokolade bestellt hat. Bevor sie ihre Bedenken zur Lage der Schweiz ausführen kann, vibriert ihr Pager. Sie muss zurück in den Ratsaal rennen, weil wieder eine Abstimmung ansteht. „Absenzen machen sich nicht gut in den Ratings.“ Plötzlich ist das Café leergefegt, Teetassen dampfen allein vor sich hin, die Kellnerinnen schmunzeln. Auf den Bildschirmen ist das Ergebnis der Abstimmung zu sehen: Wieder einigen sich die Mitte und der linke Flügel, die SVP verliert. Kaum ist das Prozedere vorüber, steht ein Drittel der Abgeordneten auf und schwirrt zurück in die Wandelhalle. Im Ratsaal verbreitet sich die übliche Stimmung, die an eine Schulklasse erinnert, deren Lehrer das Zimmer verlassen hat: Einige lesen Zeitung, auf den hinteren Rängen wird telefoniert, eine Parlamentarierin zeigt einer anderen ein Ferienfoto, man plaudert, scherzt, einige sitzen an ihren Laptops oder arbeiten an ihrem zivilen Leben. Irgendwo isst immer einer Obst. Selbst der Bundesrätin, die gerade wieder die Position der Regierung zur nächsten Vorlage erläutert, hört kaum jemand zu. Nur als der Ratspräsident ankündigt, dass man die Sitzung aufgrund effizienter Arbeitsweise heute früher beenden könne, werden alle kurz still, bevor sie die Nachricht mit Gegröle quittieren.

„Wer dieses Hin- und Herrennen beobachtet, könnte meinen, wir seien gar nicht kompetent“, sagt Luzi Stamm, der seit 23 Jahren für die SVP im Parlament sitzt. Aber das sei einfach effizient: Die Ratsgeschäfte hätte er alle zu Hause vorbereitet und wisse deshalb immer genau, welchen Knopf er drücken müsse. Zwi-

schen den Abstimmungen kümmert er sich um seine private Arbeit als Anwalt, bereitet seine Vorstöße im Parlament vor und spricht mit Journalisten. Wie er haben die meisten Abgeordneten keine persönlichen Mitarbeiter. Sie erhalten zwar Tagegeld und Spesen, ihre Fraktionen staatliche Zuschüsse, aber ansonsten gibt es weder für die Parlamentarier noch für die Parteien Geld vom Bund. Die Mitarbeiterstäbe sind entsprechend schlank. Im internationalen Vergleich hat die Schweiz eines der billigsten Parlamente. Weil manche behaupten, es sei deswegen auch nicht das Beste, fordern sie eine stärkere finanzielle Unterstützung vom Staat. Nur so könnten sich die Parteien mehr wissenschaftliche Mitarbeiter und eine bessere Infrastruktur leisten, um mit den einflussreichen kompetenten Verwaltungsmitarbeitern mithalten zu können.

Alles Unsinn, findet Stamm. Die „gefährliche Übermacht der Verwaltung“ müsse man abbauen, indem man die Verwaltung verkleinere, nicht das Parlament ausbaue. Hätte er persönliche Mitarbeiter, würden einfach diese von der Verwaltung manipuliert. „Ich selbst weiß wenigstens, von wem ich beeinflusst bin.“ Das Schweizer System ist für ihn „200 Prozent“ ideal, so wie es ist.

Staatliche Parteienfinanzierung lehnt Stamm ab – vielleicht auch deshalb, weil damit eine Offenlegungspflicht der privaten Parteispenden verbunden sein könnte. Das bisherige System von intransparenten privaten Zuwendungen ist bereits mehrfach von der europäischen Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) und der Staatengruppe gegen Korruption des Europarats (Greco) kritisiert worden. Doch haben sich bürgerliche Vertreter bislang erfolgreich gegen eine Offenlegungspflicht gewehrt. „Gewisse Unternehmungen würden sich zurückziehen, wenn ihre Spenden öffentlich wären“, sagt CVP-Frau Schneider-Schneiter. Trotzdem hält auch sie es für wünschenswert, wenn die Parteisekretariate über mehr Mittel für wissenschaftliche Mitarbeiter verfügen könnten. Nicht zuletzt würden damit auch die Parlamentarier zeitlich entlastet und so das Milizsystem genannter Prinzip des Feierabendpolitikers gestärkt, sagt Aline Trede, eine junge Abgeordnete der Grünen. Entsprechend groß ist dort der Einfluss der kleineren Kantone. Und entsprechend tritt dort die Parteipolitik in den Hintergrund. In der „Chambre de réflexion“ – wie die zweite Kammer liebevoll genannt wird – sind die Diskussionen leiser, gesitteter, nüchterner. Wenn einer spricht, sind die anderen still. Die Gespräche verlaufen sachlich, staatspolitische Aspekte werden stärker gewichtet, alles ist geruhsamer. Nach Ende der Sitzung besucht die Nationalrätin Schneider-Schneiter ihre Kollegen von der kleinen Kammer und versucht aufgeregt, für ihre Vorlage zu werben, die bald im Ständerat besprochen werden soll. Denn jedes Geschäft, auch die Vorstöße in den einzel-

weg“, findet Schneider-Schneiter, die ihren Beruf als Juristin ebenfalls aufgegeben hat. Von den Entschädigungen in Höhe von rund 80 000 Schweizer Franken, die zu versteuern sind, könne man zwar leben, aber das Einkommen entspräche nicht der Beanspruchung, welche man bei einem derartigen Mandat habe. Zudem sei man schlecht versichert und habe im Falle einer Abwahl von heute auf morgen kein Einkommen mehr. „Aus finanzieller Sicht ist das Amt für viele Leute nicht sehr attraktiv“, sagt die Mutter von zwei Kindern. Trotzdem bleibt sie eine vehemente Befürworterin des Milizsystems. Dass den Feierabendparlamentariern manchmal die Zeit fehle, gewisse Vorlagen genau zu studieren, gibt sie aber zu. „Die Geschäfte sind so zahlreich und oft so komplex, dass nicht immer alle wissen können, worum es geht.“ Auch sie verlässt sich auf den Rat der Mitglieder in den zuständigen Kommissionen und auf die Empfehlungen von Interessenverbänden, wenn sie es nicht schafft, die Aktenberge selbst zu studieren. Sie bespricht dann schon einmal Punkt für Punkt einer Vorlage mit Lobbyisten aus der Wirtschaft oder aus ihrem Kanton.

Schneider-Schneiter reist während der Sessionswoche von Bern nach Basel zurück, um einen Regionalpreis zu überreichen, bevor sie am nächsten Morgen wieder im Bundeshaus sein muss. Sie würde nie für eine Vorlage stimmen, die ihrer Heimatregion und dem dortigen Wirtschaftsstandort schaden würde, beteuert

Am Montag auf der Seite „Die Gegenwart“

Das deutsche Wissenschaftssystem ist eines der besten der Welt – wie lange noch?

sie, notfalls auch gegen den Willen ihrer Partei. Der eigentliche Einflussbereich der Kantone sollte aber der Ständerat sein, die zweite Kammer des Schweizer Parlaments. Im Gegensatz zum Nationalrat, dessen Sitze nach Bevölkerungsgröße auf die „Stände“ verteilt werden, darf jeder Kanton nur zwei Vertreter in den Ständerat schicken. Entsprechend groß ist dort der Einfluss der kleineren Kantone. Und entsprechend tritt dort die Parteipolitik in den Hintergrund. In der „Chambre de réflexion“ – wie die zweite Kammer liebevoll genannt wird – sind die Diskussionen leiser, gesitteter, nüchterner. Wenn einer spricht, sind die anderen still. Die Gespräche verlaufen sachlich, staatspolitische Aspekte werden stärker gewichtet, alles ist geruhsamer. Nach Ende der Sitzung besucht die Nationalrätin Schneider-Schneiter ihre Kollegen von der kleinen Kammer und versucht aufgeregt, für ihre Vorlage zu werben, die bald im Ständerat besprochen werden soll. Denn jedes Geschäft, auch die Vorstöße in den einzel-

nen Räten, wird getrennt in beiden Kammern behandelt. Die Parteikollegen lassen sich nur ungern stören. „Ja, ja, schick uns das mal“, winkt das Ständeratsmitglied schmunzelnd ab. Die Nationalrätin will wieder davon eilen, zur Sitzung der Arbeitsgruppe „Bildung“, wird aber von einer Rentnergruppe aus dem Kanton Graubünden aufgehalten. Auch der Bündner Ratskollege betreibt Heimatwerbung und führt die potentiellen Wähler in altersgerechtem Tempo durchs Bundeshaus.

So hört man in den Gängen in Bern wenigstens wieder einmal Rätromanisch. Währenddessen parliert der Lobbyist des Kantons Tessin in der Wandelhalle in perfektem Schweizerdeutsch, Französisch und Italienisch mit ein paar alten Bekannten aus dem Rat. „Sprachkenntnisse sind sehr wichtig“, versichert Schneider-Schneiter. Nicht nur im Parlament wird spielend zwischen Hochdeutsch und Französisch gewechselt, auch in den Partei- und Kommissionssitzungen spricht jeder, wie es ihm gerade passt. An diesem Tag gehört die Aufmerksamkeit – zumindest zur Mittagszeit – aber ganz den französischsprachigen „Romands“. Zur 200-Jahr-Feier ihres Beitritts zur Eidgenossenschaft haben die Kantone Wallis, Gené und Neuchâtel ein riesiges Zelt vor dem Bundeshaus aufgestellt und verköstigt die Parlamentarier mit regionalen Spezialitäten inklusive Fondue und lokalen Weinen.

Nicht nur der Lobbyismus der Kantone sorgt für ständig gefüllte Parlamentarierbänke. Frühstück und Abendessen kauft Schneider-Schneiter an diesem Tag von Industrieverbänden serviert, am Abend gar im Edelhotel „Bellevue“. „Wenn man den ganzen Tag nichts gegessen hat, freut man sich auf ein solches Essen“, sagt die Nationalrätin. Selbst die im Ratsaal omnipräsenten Äpfel werden den Parlamentariern vom Schweizer Obstverband geschenkt. „Lobbyismus wird als etwas Negatives wahrgenommen“, sagt Schneider-Schneiter dazu, aber das sei eigentlich ein normales Mittel der Interessenvertretung und ein Teil der Meinungsbildung, „ein Weg, die Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft zu spüren“. Diese „Bedürfnisse“ sind manchmal ziemlich penetrant: Wenn die Politiker die Wandelhalle betreten, werden sie alle fünf Minuten von einem Lobbyisten angesprochen, meistens mit Vornamen. Dort zugelassen sind die Interessenvertreter, weil jeder Parlamentarier zwei Gästen Zutritt zum Bundeshaus gewähren kann. Vom Vertreter des Heimatkantons über Umweltschutzorganisationen bis zu Gewerkschaften und Industrieverbänden schleichen deshalb alle möglichen Leute durch die Wandelhalle. Bis in den Ratsaal dürfen die Lobbyisten freilich nicht. So bleibt stets ein perplexes Häufchen im Flur zurück, wenn mal wieder irgendeiner aufgeregt „Abstimmen!“ ruft.